

26.07.2016 - 13:30 Uhr

Media Service: Trotz des aktuellen Verbots, in der Schweizer Landwirtschaft Pflanzen gentechnisch zu verändern, werden Steuergelder für die Entwicklung von transgenen Nutzpflanzen in Indien eingesetzt.

Bern (ots) -

Von einigen Erzeugnissen dieser Forschung wurden Lizenzen an ein privates Unternehmen vergeben, das Verbindungen zu Monsanto hat. Das zeigen Recherchen von swissinfo.ch.

2005 hat sich das Schweizer Stimmvolk für ein fünfjähriges Verbot für gentechnisch veränderte Organismen (GVO) in der Landwirtschaft ausgesprochen. Dieses wurde vom Parlament schrittweise bis 2017 verlängert. Im Juni schlug das Parlament eine Verlängerung bis 2021 vor.

Das Moratorium bedeutet allerdings nicht, dass diese Technologie nicht in andere Länder exportiert werden darf. Schweizer Steuergelder in Form eines Entwicklungsfonds werden derzeit für die Finanzierung von Forschungsprojekten mit transgenen Pflanzen in Indien verwendet.

Ein Programm mit dem Namen "Indisch-schweizerische Zusammenarbeit in Biotechnologie" (ISCB), das von der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) gefördert und von der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne (EPFL) verwaltet wird, unterstützt die Entwicklung transgener Nutzpflanzen wie Kichererbsen Maniok und Straucherbsen. Allein die vierte Phase (2013-2016) des ISCB-Programms hat ein Budget von 4,8 Mio. Franken.

Eine Lizenz für die Entwicklung transgener Kichererbsen wurde an die indische Saatgutfirma Mahyco vergeben, die enge Verbindungen zum amerikanischen Monsanto-Konzern hat. Laut Corporate Watch besitzt Monsanto 26% von Mahyco. Die beiden Unternehmen sind mit je 50% am Joint Venture Mayco Monsanto Biotech beteiligt, das Lizenzen für die Technologie transgener Bt-Baumwolle an indische Firmen vergibt.

Ist es ethisch vertretbar, dass die Schweiz im Inland ein Gentech-Verbot in der Landwirtschaft erlässt, aber unter dem Vorwand von Entwicklungshilfe Technologien für GMO in Schwellenländer exportiert? Und soll dabei ein umstrittener multinationaler Konzern wie Monsanto vom Transfer der mit Schweizer Steuergeldern geförderten Technologie profitieren?

Schweizer Position

Ziel dieser Entwicklungszusammenarbeit der Schweizer Regierung ist laut Tillmann Renz die Verbesserung der Nahrungsmittelsicherheit in Indien. Diese sei Teil des Mandats der DEZA, sagt der Mediensprecher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Die Regierung betrachte die "grüne Biotechnologie" als legitimes Mittel, um dies zu erreichen. Das GMO-Moratorium verbiete Forschung im Bereich transgener Nutzpflanzen nicht, sagt Renz gegenüber swissinfo.ch.

Mit dieser Position der DEZA sind allerdings nicht alle einverstanden. "Wenn die Schweiz mit öffentlichen Geldern die Entwicklung von Gentech-Nahrung fördert, ist dies mit ihrer nationalen Politik nicht vereinbar. Es ist auch nicht bewiesen, dass GV-Saatgut eine Lösung im Kampf gegen Hunger und Mangelernährung ist", sagt Tina Goethe von der Hilfsorganisation "Brot für alle".

Einige Schweizer Nicht-Regierungsorganisationen wie Swissaid bieten in Form von Know-how-Transfers bereits Alternativen zu GMO an. "Wir haben mit unseren Projekten für ökologischen Landbau in Indien gute Erfahrungen gemacht. Dieser eignet sich besser für das Land und ist weniger anfällig auf den Klimawandel", sagt Caroline Morel, Geschäftsführerin von Swissaid.

Kontakt:

Anand Chandrasekhar
anand.chandrasekhar@swissinfo.ch
+41 31 350 9543

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100001296/100791026> abgerufen werden.